

Von Kreis bis Bund sollen alle mehr zahlen

Finanzierungslücke bei „Achim-West“: Politik steht noch zu dem Projekt / Bürger protestieren

VON MICHAEL MIX

Achim – Das Megaprojekt „Achim-West“ stößt zunehmend auf Protest. Etliche Bürgerinnen und Bürger bekundeten am Dienstagabend in der Sitzung des Ratsausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr im proppevollen Ratsaal ihren Unmut über das 140-Millionen-Euro-Vorhaben. Die Politik hält jedoch weiterhin daran fest.

Trotz der jüngsten Kostenexplosion und der von der Stadt auf 23 Millionen Euro taxierten Finanzierungslücke stehen SPD, CDU und Grüne nach wie vor zu „Achim-West“, forderten allerdings, dass von anderer Seite mehr Geld für das Infrastrukturprojekt aufgebracht werden müsse. Gegen die Stimmen von Wolfgang Heckel (WGA) und Wolfgang Mindermann, der mit der SPD im Rat eine Gruppe bildet, stimmte der Ausschuss dafür, den Flächennutzungsplan zu ändern und den Entwurf Behörden und weiteren Trägern öffentlicher Belange sowie den Bürgern vorzulegen. Ziel ist es, südlich des Bremer Kreuzes ein 90 Hektar großes Gewerbegebiet, eine Anschlussstelle „Achim-West“ an der A 27, weitere Verkehrswege sowie



Zahlreiche Bürger protestierten in der Sitzung des Planungsausschusses gegen das Megaprojekt „Achim-West“. FOTO: MIX

genüber steht der laut Kettenburg „größte Kostenfaktor“ – der Bau der Verbindungsstrecke von der Theodor-Barth-Straße über die A 1 hinweg durch das neue Gewerbegebiet zur Anschlussstelle Achim-West und weiter unter einem Bahntunnel hindurch zur Landesstraße 158 an der Ortsteilgrenze zwischen Bierden und Uphusen. Dafür seien 75 Millionen Euro veranschlagt, wovon das Land Niedersachsen 29 Mil-

lung. Die Uphuser Heerstraße würde täglich um 6 000 Fahrzeuge entlastet, lediglich auf der Bremer Straße wären 2 000 Autos mehr unterwegs.

Die Stadt rechne beim Gewerbegebiet ja mit einem Verkaufserlös von 70 Euro pro Quadratmeter, aber welche Einnahmen würden denn derzeit erzielt?, fragte ein Bürger. Um die 50 Euro, antwortete Kettenburg, bei der „Top-Lage“ seien jedoch

ein anderer. Was mache die Stadt, wenn die geplanten Flächen in einigen Jahren überhaupt nicht vermarktet werden könnten?

„Wir hätten jetzt schon 40 Hektar verkaufen können“, entgegnete Projektleiter Kettenburg, der auch Vizechef der Stadtverwaltung ist. Das Areal nahe eines Autobahnkreuzes und einer Großstadt bliebe auch bei einer Rezession eine gefragte Adresse.

Im politischen Raum wa-

doch die Kosten, meinte Karl-Heinz Lichter (CDU). Er regte an, noch mal mit den sich von „Achim-West“ verkehrliche Entlastung versprechenden Unternehmen im bestehenden Gewerbegebiet am Bremer Kreuz zu reden, damit diese „sich stärker finanziell engagierten“. Das Gleiche gelte für den Landkreis. Und auch den CDU-Bundestagsabgeordneten Andreas Mattfeldt, der sich gerne öffentlich für das Projekt stark

mache, forderte Lichter auf, „beim Bund mehr Mittel dafür loszueisen“.

Wolfgang Heckel schüttelte den Kopf. „Das Kostenrisiko für die Stadt ist zu groß“, stellte der WGA-Fraktionsvorsitzende fest. Achim steuere doch jetzt schon zwölf Millionen Euro bei. „Ich kann mich dem Vorhaben nicht weiter anschließen“, sagte Heckel unter Beifall.

„Weitermachen!“, riet hingegen Peter Bartram. Der aktuelle Planungs- und Finanzierungsstand schrecke ihn nicht, meinte der Grüne. Es gebe ja Vorschläge, um die Deckungslücke zu schließen.

Achim als „prosperierende Stadt“ könne das zusätzliche Gewerbegebiet gut gebrauchen, betonte Birgitt Strittmatter. Auch die Vorsitzende des Wirtschaftsbeirats Achim verlangte vom Kreis, „sich viel stärker zu beteiligen“.

Als Kreistagsabgeordnete wolle sie sich dafür einsetzen, versprach Isabel Gottschewsky. Aber von Ottersberg bis Dörverden werde sicherlich nicht „Hurra“ geschrien. Die Vorsitzende der CDU-Fraktion im Stadtrat ging vorsichtig auf Distanz zu dem umstrittenen Großvorhaben: „Wir werden nichts machen, was wir nicht stemmen können.“

in Richtung Vogelsiedlung Ausgleichsflächen für Pflanzen und Tiere zu schaffen.

Dass für all das 140 Millionen Euro und damit 40 Millionen Euro mehr als 2015 kalkuliert, aufgewendet werden müssten, resultiere aus den gestiegenen Baupreisen und den höheren Erschließungskosten für das nun größer konzipierte Gewerbegebiet, informierte der städtische Projektleiter Bernd Kettenburg. Die Stadt rechne damit, durch den Verkauf von mehr Gewerbeflächen an Unternehmen auch deutlich mehr Einnahmen erzielen zu können. Die Höhe der wahrscheinlichen Vermarktungserlöse werde ein aktuelles, spätestens im April vorliegendes Prognos-Gutachten beziffern. Derzeit gehe die Stadt von 63 Millionen Euro Ertrag durch den Verkauf von Grundstücken aus. Demge-

lionen Euro bezahlen wolle.

Die auf den Zuhörerplätzen Versammelten brachten ihre ablehnende Haltung zum Ausdruck. Ein um 15 Hektar größeres Gewerbegebiet würde zu noch mehr Flächenversiegelung führen und das in Zeiten des Klimawandels, kritisierte Nadine Fischer, Bürgersprecherin für Uphusen. Die Bewohner des Soorenkamps büßten den Blick ins Grüne ein, verlören gefahrlose Radfahrstrecken vor der Haustür und bekämen mehr Lärm ab.

Sprecherkollege Holger Schierenbeck räumte ein, dass die Fläche am Bremer Kreuz eine „Sahnelage“ für Industrie sei, aber „Achim-West“ würde die Lebensqualität für viele Menschen „im ganzen Stadtgebiet“ verschlechtern. Achims Verkehrsplaner Stefan Schuster widersprach dieser Darstel-



„Die vorhergesagte Rezession bedeutet ein enormes Kostenrisiko für die Stadt.“

Bürger Johannes Jansen

höhere Erlöse zu erwarten.

Sachverständige sagten eine Rezession vorher, führte Bürger Johannes Jansen an. „Das bedeutet ein enormes Kostenrisiko für die Stadt“, folgerte der mit einem Papphut auftretende Protestler.

„Wir haben den Zenit eines lokalen Wirtschaftswachstums überschritten“, äußerte

ren leichte Absatzbewegungen und deutliche Ansagen an „mit im Boot sitzende Akteure“ auszumachen. Trotz der im Vergleich zu 2015 nahezu auf Doppelte angewachsenen Finanzierungslücke stehe die SPD weiterhin zu dem Projekt, sagte Petra Geisler. „Es muss aber irgendwo umgesteuert werden.“ Bremen und auch andere benachbarte Gemeinden sowie der Landkreis Verden profitierten doch erheblich von „Achim-West“, also müssten sie auch stärker zur Finanzierung beitragen, forderte die Sozialdemokratin.

„Ich bin dafür, das Projekt aufzugeben“, sagte dagegen ihr Gruppenkollege Wolfgang Mindermann. Unter dem Strich würde es Achim keine Verkehrsentlastung bringen, sondern stattdessen eine Mehrbelastung.

Bei jedem Projekt stiegen